Scirocco - Kurzinfo aus Italien

04.11.2026: Cutro: Der Prozess hinter geschlossenen Türen geht weiter

Mindestens 94 Menschen, darunter 35 Kinder, starben 2023 beim sogenannten Schiffsunglück von Cutro vor der italienischen Küste Kalabriens. Seitdem laufen mehrere Berufungsverfahren; die abschließende Verhandlung ist für den 11. November angesetzt. Die Generalstaatsanwaltschaft hat für den 28-jährigen pakistanischen Staatsangehörigen Khalid Arslan, der in erster Instanz zu 11 Jahren, einem Monat und 10 Tagen verurteilt wurde, eine Haftstrafe von 12 Jahren und eine Geldstrafe von 3 Millionen Euro beantragt. Noch höhere Strafen (17 Jahre Haft und eine Geldstrafe von 4 Millionen Euro) wurden für den 24-jährigen pakistanischen Staatsangehörigen Hasab Hussain und den türkischen Staatsangehörigen Sami Fuat gefordert. Beide befanden sich an Bord desselben Bootes wie die rund 250 Menschen, die versuchten, die europäischen Küsten zu erreichen.

Aus dem Gerichtssaal dringen nur wenige Informationen nach außen, da der Zugang für die nationale Presse ohne offizielle Begründung eingeschränkt wurde. Ein Grund könnte sein, dass parallel dazu in einem Verfahren erster Instanz gegen sechs Angehörige des Militärs von Finanzpolizei (Guardia di Finanza) und Hafenbehörde (Capitaneria di Porto) wegen unterlassener Hilfeleistung gegenüber den Menschen in Seenot ermittelt wird. In diesem Verfahren, in dem es um die Mitverantwortung der italienischen Behörden geht, sagte am 3. November Walter Vincenzo Pascalicchio aus, ein Maresciallo der Finanzpolizei, der als Experte für Strafverfolgung im „Frontex Monitoring Room“ in Warschau Dienst tat. Er machte seine Kolleg*innen dafür verantwortlich, dass sie seine Anweisungen nicht ernst genommen hätten. Er gab an, er habe gewollt, dass die italienische Küstenwache ausläuft, und deshalb inoffizielle Kanäle wie WhatsApp-Nachrichten genutzt, um sein Personal schneller informieren zu können. Besonders verwies er auf Paolo Magistri, der als Verbindungsoffizier der Finanzpolizei in Warschau tätig war. Der Zeuge konnte jedoch nicht sagen, ob Magistri seine Vorgesetzten kontaktiert hatte. Unterdessen werden weiterhin Fragen dazu aufgeworfen, was bei der angekündigten „Koordinierung“ schiefgelaufen ist.

Neben dem eindeutigen Versagen des Militärpersonals und den zweifelhaften Aussagen der Beamten muss man auch auf die politische Verantwortung eines Systems hinweisen, das die Möglichkeiten einschränkt, Europa auf sicheren und legalen Wegen zu erreichen, und zur Steuerung menschlicher Mobilität zunehmend auf Kontrolle und Repression setzt. Ein System, das tötet und Menschen wie Sami Fuat erneut bestraft, nur weil sie ein besseres Leben suchten.